

KOMPAKT

Caesarea

VORTRAG Am Donnerstag, 25. Juli, 18 Uhr, findet im Historischen Kolleg, Kaulbachstraße 15, die »Gershom Scholem Lecture 2024« statt. Zur Begrüßung sprechen Bernd Huber, Präsident der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU), und Gastgeber Ronny Vollandt, Professor für Judaistik an der LMU. Den Festvortrag hält Maren Niehoff von der Hebräischen Universität Jerusalem. Er trägt den Titel »Caesarea – eine mediterrane Stadt als Schlüssel zur Rabbinischen Literatur«. Mit der Zerstörung des Tempels in Jerusalem 70 n.d.Z. verlor das Judentum in dieser römischen Provinz sein religiöses, politisches und administratives Zentrum. Es entstanden andernorts Zentren rabbinischer Gelehrsamkeit wie beispielsweise in Tiberias, Sepphoris und Caesarea. Anhand der Interpretation von Schlüsselpassagen aus dem Jerusalemer Talmud und dem Midrasch Bereschit Rabba wird der Pluralismus innerhalb des rabbinischen Judentums beleuchtet. Der Eintritt ist frei. Es wird um Anmeldung unter jac@culture.lmu.de gebeten. *ikg*

Geschichte

AUSSTELLUNG I Im Interimsquartier der Villa Stuck, Goethestraße 54, ist unter dem Motto »Was bisher geschah« bis 28. Juli eine Ausstellung von Helena Pereña zu sehen. Das Zwischen nutzungsgebäude des Museums hat eine bewegte Geschichte. In der NS-Zeit war es eine Zwangsunterkunft für Juden. Am 25. Juli, 18 Uhr, präsentiert Kuratorin Pereña erste Erkenntnisse zur Geschichte des Hauses und seiner Bewohner. Geöffnet ist das Haus Diens tag bis Sonntag von 12 bis 20 Uhr. *ikg*

Rechtsterror

AUSSTELLUNG II Nur noch bis 28. Juli läuft die Ausstellung *Rechtsterrorismus. Verschwörung und Selbstermächtigung – 1945 bis heute* im NS-Dokumentationszentrum, Max-Mannheimer-Platz 1. Anhand von lokalen und überregionalen Beispielen wird die anhaltende rechtsterroristische Bedrohung sichtbar und historisch verortet. Beispiele aus München sind das Oktoberfest-Attentat 1980 und der Anschlag im Münchner Olympia-Einkaufszentrum 2016. Geöffnet ist täglich – bei freiem Eintritt – von 10 bis 19 Uhr. *ikg*

Jiddisch

LESEKREIS Noch ist das laufende Sommersemester der jüdischen Volkshochschule voll im Gange, da werden schon die Kurs-Anmeldungen für den Herbst bearbeitet. Der Jiddisch-Lesekreis, den Chaim Frank seit geraumer Zeit online führt, hat inzwischen Teilnehmer von München über Oslo bis Toronto. Quereinsteiger, die Grundlagen der jiddischen Schreibregeln beherrschen, sind jederzeit willkommen. Anmeldung ist im Büro des IKG-Kulturzentrums unter JuedischeVHS@ikg-m.de möglich. *ikg*

Vereint gegen den Hass

SOLIDARITÄT Hunderte setzten auf dem Jakobsplatz ein starkes Zeichen gegen Antisemitismus und für Israel



Bayerns Innenminister Joachim Herrmann betonte in seiner Ansprache: »Wir setzen ein unüberhörbares Zeichen und stehen fest an der Seite Israels.«

VON LUIS GRUHLER

Dicht gedrängt standen die Besucher am St.-Jakobs-Platz, viele suchten unter Regenschirmen Schutz vor dem Schauer, der den schönen Sommertag plötzlich eintrübte. Die jungen Musiker des Ensemble Shalom stimmten »Jerusalem aus Gold« an, ein Lied, dessen Text Hoffnung ausdrückt, dessen Melodie aber an Klänge eines melancholischen Wiegenliedes erinnert. Ein treffendes Bild für den heutigen »Tag der Solidarität mit Juden und Israel«, meinte Geschäftsführer Steven Guttman von der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern angesichts des abklingenden Platzregens zu Beginn seiner Moderation.

Das wichtige Zeichen der Solidarität, das an diesem Abend von mehreren Hundert Menschen gesetzt wurde, falle in eine Zeit von anhaltender Trauer und Schmerz, sagte Guttman. So seien in den neun Monaten seit dem Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 die Zahlen registrierter antisemitischer Vorfälle auch in Deutschland drastisch angestiegen, und neben der Synagoge erinnerten Plakate mit Fotos und kurzen Texten an das Schicksal der über 100 israelischen Geiseln, die noch immer in Gaza festgehalten werden.

PERSPEKTIVE »Kein Zweifel, unsere Lage ist ernst. Viele jüdische Menschen haben Angst, viele fühlen sich allein«, unterstrich Gemeindepräsidentin Charlotte Knobloch gleich zu Beginn ihrer Ansprache. »Aber wenn ich hier auf die zahlreichen versammelten Menschen blicke, sage ich: Das ist nur die eine Seite der Geschichte.« Der Beistand, der sich an einem solchen Tag manifestiere, eröffne eine Perspektive für das jüdische Leben in Deutschland und das friedliche Zusammenleben insgesamt: »Die Solidarität heute richtet sich gegen einen Israelhass und Antisemitismus, der alles vergiftet. Sie steht für einen Mini-



IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch (2.v.l.) im Kreis der Unterstützer der Kundgebung

malkonsens der Werte, der nicht verrät, wofür dieses Land steht.«

Diese Solidarität stand im Zentrum der Kundgebung, zu der an diesem 10. Juli die IKG eingeladen hatte, angeregt vom deutschlandweiten Solidaritätstag des »DEIN e.V.« unter Leitung von Leo Sucharewicz.

Unterstützung und Solidaritätsbekundungen kamen an diesem Abend auch von wichtigen Vertretern aus der Politik. Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann betonte in seiner Ansprache unter großem Applaus: »Wir setzen ein unüberhörbares Zeichen und stehen fest an der Seite Israels.« Auch viele Monate nach dem 7. Oktober gebe es für die Solidarität »kein Ablaufdatum und keine Ermüdungserscheinungen«. Herrmann erinnerte an die Feierlichkeiten zum 75. Jubiläum des Grundgesetzes und verwies auf die Bedeutung religiöser Toleranz. Ihr Ende müsse diese allerdings bei antisemitischen Straftaten finden, betonte der Minister: »Wir dürfen keine Toleranz für die fanatisch Intoleranten zeigen.«

Dominik Krause, zweiter Bürgermeister der Stadt München, kritisierte den fehlen-

den Aufschrei der Gesellschaft bei linksradikalem und islamistischem Antisemitismus. Während der Rechtsextremismus zu Recht als große Bedrohung anerkannt sei, bleibe klarer Widerspruch gegen Antisemitismus aus diesem Bereich aus. Vielen gehe es nur um den »Antisemitismus der anderen«, stellte Krause fest. Besorgt blickte er auf den Israelhass in Frankreichs neu gewähltem Linksbündnis und forderte auch Muslimverbände hierzulande auf, klarer als bislang Stellung zu beziehen.

RECHTSSTAAT Der Landesvorsitzende der FDP Bayern, Martin Hagen, forderte, »keinen Fußbreit dem Antisemitismus zu überlassen. Der Rechtsstaat müsse alle verfügbaren Mittel einsetzen. Dafür sei es aber auch nötig, über herrschende Vor- und Fehlurteile in Bezug auf Israel zu sprechen. Ausführlich suchte er die schwierige Situation des Landes begreifbar zu machen und machte deutlich, wo der Aggressor steht: »Der Hamas geht es um Auslöschung. Israel führt Krieg, nicht weil es will, sondern weil es Krieg führen muss.«

Als Vertreter Israels sprachen an diesem Abend die Generalkonsulin Talya Lador-Fresher und der Podcaster, Autor und israelische Armeesprecher Arye Sharuz Shalichar. Beide kritisierten eine wiederkehrende Täter-Opfer-Umkehr, die das Ziel habe, Israel zu diskreditieren. Shalichar war innerhalb weniger Monate zu seinem zweiten Besuch in München angereist und hob in seiner Rede das Trauma der israelischen Gesellschaft seit dem 7. Oktober hervor. Mit einem Bericht von seiner Aufklärungsarbeit an deutschen Schulen erläuterte er das verzerrte Bild von Juden und dem jüdischen Staat, das hierzulande häufig herrsche. Anhand von Beispielen aus seiner eigenen Biografie berichtete er, dass Bedrohungen gegen Juden ernst gemeint seien und man sich gegen sie nicht allein mit Worten, sondern auch mit Taten verteidigen müsse.

Unterstützung kam an diesem Abend auch von wichtigen Vertretern aus der Politik.

Ähnlich äußerten sich die Vorsitzende von »München ist bunt«, Micky Wenngatz, die nach Errichtung des »pro-palästinensischen« Protestcamps vor der Ludwig-Maximilians-Universität täglich Gegenveranstaltungen organisiert hatte, und der Kabarettist Christian Springer, der gewohnt temperamentvoll auf die Bigotterie vieler »Israelkritiker« hinwies. Unterstützer aus München und darüber hinaus zeigten schließlich ihre Solidarität durch Videobotschaften, die zwischen den Reden auf einer großen Leinwand abgespielt wurden. Unter ihnen die Schauspielerin Uschi Glas, die auch auf der Bühne eindringlich betonte, dass ein solcher Tag der Solidarität nicht nur überfällig gewesen sei, sondern notwendig bleibe.

Mehr als die Pflicht verlangt

ENGAGEMENT Der Fritz-Neuland-Gedächtnispreis soll Juristen und Angehörige von Polizei und Justiz für ihren Einsatz gegen Juden Hass ehren

Die bayerischen Staatsministerien der Justiz und des Innern werden ab dem kommenden Jahr gemeinsam mit dem Unternehmer Michael Fischbaum den Fritz-Neuland-Gedächtnispreis stiften. Dies gaben die Beteiligten Anfang Juli bei einer Pressekonferenz im Bayerischen Landtag bekannt.

Vergeben werden soll der Preis an Juristen und Angehörige von Polizei und Justiz in Bayern, die sich mit ihrem Einsatz gegen Antisemitismus besonders hervorgetan haben. Zugleich wurde betont, dass die Kriterien für die Preisträger bewusst abstrakt bleiben sollen. Preiswürdig seien Handlungen, durch die mehr geleistet wurde, als es die Pflicht verlangt. Dotiert ist die Auszeichnung mit 7500 Euro.

Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern und Tochter des Namensgebers Fritz Neuland, wird der Jury eben-

so angehören wie Michael Fischbaum, der Landtagsabgeordnete und Mitinitiator Josef Schmid, Innenminister Joachim Herrmann, Justizminister Georg Eisenreich und der Antisemitismusbeauftragte der Staatsregierung, Ludwig Spaenle.

»Ohne Fritz Neuland wäre ich heute sehr wahrscheinlich nicht hier«, erklärte Michael Fischbaum zu Namen und Idee der neuen Auszeichnung. »Wir ehren mit diesem zukünftigen Preis einen Mann, der selbstlose Zivilcourage vorbildlich vorgelebt hat.« Neuland, als Rechtsanwalt in München eine feste Größe, hatte Fischbaums Großmutter Margarete Schreiner beinahe zufällig vor der Deportation in das KZ Dachau bewahrt.

Angeklagt war Schreiner nach der im Januar 1939 in Kraft getretenen Namensänderungsverordnung, die jüdische Verfolgte dazu zwang, die Vornamen »Israel« beziehungsweise »Sara« anzunehmen.

Dass sie vergessen hatte, mit dem aufgezogenen Namen zu unterschreiben, bedeutete für Margarete Schreiner beinahe

das Todesurteil. Fritz Neuland rang dem Richter einen Aufschub ab, damit Schreiner sich von ihrer Familie verabschieden



Eine sechsköpfige Jury entscheidet über die Vergabe des Preises.

konnte; dieser Zeitgewinn ermöglichte es ihr, unterzutauchen.

Charlotte Knobloch zeigte sich erfreut darüber, dass mit dem Preis das Andenken an ihren Vater bewahrt werde, der unmittelbar nach dem Krieg zusammen mit Julius Spanier und einer kleinen Gruppe weiterer Überlebender die IKG wiederaufgebaut hat. »Er war ein Verfassungspatriot und wollte in Deutschland bleiben, er wollte wieder ein aktives Mitglied der Gesellschaft sein«, erinnerte sich Knobloch. Mit dieser Haltung stand Neuland damals weitgehend allein da, die Entwicklung der Bundesrepublik habe ihm aber recht gegeben. Gerade angesichts des heute wieder anwachsenden Antisemitismus aus Kreisen des rechten, linken und islamistischen Extremismus unterstreiche der Fritz-Neuland-Preis, dass es »eine starke Polizei und Justiz braucht – und vor allem eine demokratische, selbstbewusste Gesellschaft«. *lg*